



**beratende Mitglieder:**

Herr Horst Erle bis 18:10 Uhr (TOP 8)  
Herr Heinz Thalmann

**Vertreter:**

Frau Larissa Friesen Vertretung für Frau Vivien Schöpker  
bis 18:20 Uhr (TOP 8)

**Verwaltung:**

Frau Ute Ehrenberg  
Herr Ludger Schöpfer  
Herr Henrik Mersch

**Entschuldigt fehlten:**

**Mitglieder:**

Frau Barbara Meinert SPD  
Herr Marcel Tewes FSL  
Herr Friedel Theismann CDU

**beratende Mitglieder:**

Frau Anna Hölzen  
Frau Vivien Schöpker

**Öffentlicher Teil:**

**1. Niederschrift Nr. 17 über die öffentliche Sitzung am 30.10.2007**

I/A/0040

Änderungs- und Ergänzungswünsche zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden nicht vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## 2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 30.10.2007 gefassten Beschlüsse

I/A/0070

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

### **Jfd-Beratungszentrum für Erwerbslose**

Der Jugend- und Familiendienst berichtete in der Sitzung des Sozialausschusses am 30. Okt. 2007 über die Arbeit des Beratungszentrums für Erwerbslose. Bekanntlich werden sich Land und EU voraussichtlich zum 30. Sept. 2008 aus der Förderung zurück ziehen.

Die Verwaltung sieht zur Förderung der Weiterführung der Beratungsstelle den SGB II- und SGB III – Träger in der Verantwortung.

Ein Gespräch der Verwaltung mit dem Kreisdirektor und dem GAB-Vorstand ist ergebnislos verlaufen.

Der JFD wird jetzt seinerseits einen Zuwendungsantrag an den Kreis Steinfurt richten.

### **Verleihung des Integrationspreises**

Seit dem Jahr 2000 ehrt der Integrationsrat diejenigen Bürger und Institutionen, die sich besonders für die Integration von Zuwanderern in unserer Stadt eingesetzt haben. Der Preis ist mit 1.000 € dotiert und kann auch unter mehreren Preisträgern aufgeteilt werden. Die Entscheidung trifft eine Jury, die nach den bestehenden Richtlinien aus dem Migrationsbeauftragten, drei Mitgliedern des Integrationsrates und 3 Mitgliedern des Sozialausschusses besteht. Die Verwaltung bittet den Sozialausschuss, seine Jurymitglieder möglichst heute in der Sitzung zu benennen.

#### Anmerkung:

*Die Benennung der Jurymitglieder des Sozialausschusses erfolgt unter Punkt 11 - Anfragen und Anregungen.*

*die CDU-Fraktion benennt Frau Brachmann und  
Herrn Theismann*

*Die SPD-Fraktion benennt Herrn Berardis*

*als Jurymitglieder.*

### 3. Informationen

I/A/0740

Frau Ehrenberg trägt den Inhalt des nachfolgenden Vermerkes vor:

#### **Bundesverfassungsgericht zur Verfassungswidrigkeit der SGB II-Arbeitsgemeinschaften**

Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichtes verletzt die im SGB II geregelte Aufgabenübertragung auf die Arbeitsgemeinschaften die Kommunen in ihrem Anspruch auf eine eigenverantwortliche Aufgabenerledigung und verstößt gegen die Kompetenzordnung des Grundgesetzes.

Das Bundesverfassungsgericht hat allerdings von einer Nichtigkeitserklärung Abstand genommen, da es ohne eine hinreichende Übergangszeit nicht möglich ist, eine geordnete Sozialverwaltung sicherzustellen. Die weitere Anwendung der angegriffenen Normen hat das Bundesverfassungsgericht deshalb bis zu einer gesetzlichen Neuregelung, längstens bis zum 31.12.2010 zugelassen.

Die Stadt Rheine ist von dieser Entscheidung nicht betroffen, da der zuständige Leistungsträger, der Kreis Steinfurt, die Aufgabe ganzheitlich als Optionsträger wahrnimmt.

Die Folgen dieses Richterspruches sind für viele Experten klar: Die Kommunen werden nach einer Neuregelung künftig für Alg II – Empfänger alle Leistungen anbieten, so wie es in den 69 Optionskommunen schon geschieht.

#### **Satzung des Kreises Steinfurt zu einer anderen quotalen Verteilung der kommunalen Aufwendungen nach dem SGB II**

Nachdem für das Jahr 2007 eine abweichende Vereinbarung zur Kostenbeteiligung am Votum des Rates der Stadt Tecklenburg gescheitert war, hat der Kreis Steinfurt nach der Änderung des Landesausführungsgesetzes zum SGB II (AG SGB II) von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ab dem 01. Januar 2008 eine Regelung zu einer anderen quotalen Verteilung der kommunalen Aufwendungen nach dem SGB II im Benehmen mit den Städten und Gemeinden festzusetzen.

Die vom Kreistag beschlossene Satzung zur abweichenden Kostenbeteiligung setzt die Beteiligung der Städte und Gemeinden wie folgt fest:

- im Jahr 2008 auf 33,33 %
- in den Jahren 2009 und 2010 auf 40 %
- ab 2011 auf 50 %

Die Stadt Rheine begrüßt ausdrücklich diese Neuregelung. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die vom Kreis Steinfurt zur Verfügung gestellte Vergleichsberechnung im Vergleich zur kompletten Finanzierung der kommunalen SGB II-Kosten über die Kreisumlage bei der für das Jahr 2008 beabsichtigten 33,33 %-i-

gen Kostenbeteiligung eine Mehrbelastung der Stadt Rheine in Höhe von 601.400,00 € ausweist.

Die mehrstufige Anhebung der Kostenbeteiligungsquote auf 50 % im Jahr 2011 wird weitere finanzielle Belastungen für die Stadt Rheine zur Folge haben.

Die Verwaltung hat daher die Möglichkeit zur Stellungnahme im Rahmen der Beherrschungsherstellung zum Anlass, nochmals darauf hinzuweisen, dass die Stadt Rheine als größte Kommune im Kreis ohnehin als Mittelzentrum strukturell besonders belastet ist. Dieses kommt u.a. durch die im Kreisvergleich höchste Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. Dementsprechend verfügt Rheine auch über die größte SGB II-Leistungsempfängerdichte im Kreis Steinfurt.

Die Verwaltung hat sich daher gegen eine mehrstufige Anhebung der Beteiligungsquote auf 50 % in ihrer Stellungnahme ausgesprochen und die Erwartung zum Ausdruck gebracht, eine Beteiligungsquote von 33,33 % für den Optionszeitraum durch eine Satzung festzuschreiben.

Dem ist der Kreistag nicht gefolgt.

### **Mehrgenerationenhaus**

Mit seiner Konzeption „Haus ohne Barrieren“ hat sich der Kinderschutzbund im Rahmen des „Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die zweite Ausschreibungsphase um die Trägerschaft eines Mehrgenerationenhauses beworben.

Aus dem Bundesprogramm „Mehrgenerationenhaus“ sind Mittel in Höhe von 40.000 € jährlich für die nächsten 5 Jahre zugesagt.

Der Deutsche Kinderschutzbund hat jetzt einen Antrag auf Gewährung einer städt. Zuwendung in Höhe von jährl. 25.000 € gestellt.

Grundsätzlich steht die Verwaltung diesem Antrag positiv gegenüber, da das geplante Mehrgenerationenhaus dem Leitprojekt 13 - Haus ohne Barrieren - entspricht.

Die detaillierte Vorstellung dieses Projektes soll in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 17.04.2008 erfolgen.

Eine konzeptionelle Feinabstimmung wird ebenfalls zu diesem Termin abgeschlossen sein.

Aus Sicht der Verwaltung sollte die Entscheidung im Jugendhilfeausschuss getroffen werden, da die derzeitige Finanzierungslücke auf den Bereich der Kinderbetreuung entfällt.

## **Entwicklung eines Konzepts für die Arbeit mit jungen Spätaussiedler(inne)n - „Raduga“**

In seiner Sitzung am 28.08.2007 beauftragte der Sozialausschuss u. a. die Verwaltung, im Zuge der Schließung des Jugendtreffs „Raduga“ an der Lingener Straße 47 ein neues fach- und zeitgemäßes Konzept für die Integration von jungen Spätaussiedler(inne)n zu erarbeiten.

Mittlerweile wurde das „Raduga“ an der Lingener Straße 47 geschlossen und abgerissen.

Mehrere Gesprächsrunden fanden parallel zur Schließungsphase unter Beteiligung der bisherigen Träger des Raduga, der AG 78, der Träger der kirchlichen Jugendeinrichtungen, des Vereins „Kulturhaus Neubürger“ und der Jugendlichen der Musikgruppe „Slatkij Son“ statt.

Ziel war es zunächst, eine direkte Anschlussmöglichkeit für die Radugaarbeit zu finden. Verschiedene Angebote der dezentralen Jugendarbeit lagen vor.

Der Caritasverband entschied sich, seinen Teil der Radugaarbeit mit zusätzlichen Öffnungszeiten im Jugendtreff St. Ludgerus fortzusetzen. Nach Mitteilung des CV vom 14.12.2007 ist der Wechsel dorthin sehr gut gelungen. Die Arbeit konnte auf neue Besuchergruppen ausgedehnt werden.

Die Projektgruppe Migration wird ihren Teil der Radugaarbeit im Jugendtreff St. Elisabeth mit dem Angebot von Gruppenarbeit für Spätaussiedler(innen) fortsetzen.

Die Arbeitsgruppe wird sich nun treffen, um auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen ein weitergehendes Konzept auszuarbeiten.

## **Antrag zur Förderung der Umsetzung des 12-Punkte-Katalogs nach KOMM-IN NRW**

Mit Unterstützung des „Instituts für soziale Innovation“ in Solingen hat die Verwaltung einen Antrag zur Förderung der sozialen Integration von Zuwanderern aus KOMM-IN NRW Mitteln vorbereitet. Es geht dabei, wie im SPD-Antrag vom 17.02.07 angeregt, um die Umsetzung des 12-Punkte-Katalogs des Migrations- und Integrationskonzepts.

Die KOMM-IN-Antragsrichtlinien setzen dabei besonders eine Förderung der strategischen Steuerung der kommunalen Integrationsbemühungen als Antragschwerpunkt voraus.

Der Antrag fußt auf der Entwicklung eines steuerungsrelevanten, kennzahlenbasierten Monitoringsystems auf der Grundlage verschiedener Aktionen mit Jugendlichen Zuwanderern und ihres Umfeldes, wie aufsuchende Befragungen, Elternkonferenzen, eine Zukunftswerkstatt und ein Integrationssymposium.

Derzeit können die Anträge allerdings aus organisatorischen Gründen, die auf der Seite des Integrationsministeriums liegen, noch nicht gestellt werden. Laut

Landesstelle in Unna Massen (LUM), die die Anträge bearbeitet, stehen für das Jahr 2008 noch keine aktuellen Antragsformulare zur Verfügung. Die Verwaltung ist aber vorbereitet und steht mit der LUM in Kontakt, sodass hier keine Termine verpasst werden.

#### **Arbeits- und Projektplanung für das Jahr 2008**

Als weitere Information stellt Frau Ehrenberg dem Ausschuss die Arbeits- und Projektplanung für das Jahr 2008 anhand der als **Anlage 1** beigefügten Folie vor.

Frau Knoop regt an, den Kreisentwicklungsplan 2020 im Laufe des Jahres im Sozialausschuss vorzustellen.

#### **4. Informationen aus dem Integrationsrat**

I/A/2390

Frau Friesen berichtet über die Arbeit des Integrationsrates.

#### **5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung**

I/A/2526

Herr Thalmann berichtet über die Arbeit des Beirates für Menschen mit Behinderungen.

#### **6. Informationen aus dem Seniorenbeirat**

I/A/3545

Herr Erle berichtet über die Arbeit des Seniorenbeirates.

#### **7. Informationen aus dem Familienbeirat**

I/B/0660

Ein Bericht aus dem Familienbeirat liegt nicht vor.

**8. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2008 - 2011, Fachbereich Jugend, Familie und Soziales, Produktgruppe Soziales  
Vorlage: 049/08**

II/B/0680

Herr Schöpfer erläutert die Vorlage.

Frau Brachmann bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit und kündigt an, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag mittragen wird.

Herr Berardis bedankt sich im Namen der SPD-Fraktion für die zur Aufstellung des Haushalts- und Finanzplans 2005 - 2008 geleistete Arbeit.

Auf Vorschlag von Frau Knoop erfolgt die weitere Beratung des Ergebnis- und Investitionsplans 2008 - 2011 getrennt nach Produkten:

Produkt 220 - Leistungen zur Grundversorgung

Herr Dr. Kühn kündigt zwei Anträge der SPD-Fraktion an, die inhaltlich in andere Produkte gehören, jedoch aus dem Produkt 220 - Leistungen zur Grundversorgung finanziert werden sollen. Grundlage hierfür ist die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die rückläufigen Arbeitslosenzahlen. Wie Herr Hemelt ergänzt, geht die SPD-Fraktion davon aus, dass die Anzahl der SGB II-Empfänger 2008 mindestens stagnieren wird. Im Haushalt ist für 2008 gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 200 Hilfeempfänger vorgesehen, die bei tatsächlich gleich bleibenden Empfängerzahlen zur budgetneutralen Finanzierung der folgenden Anträge eingesetzt werden kann. Erhebliche positive Effekte werden in diesem Zusammenhang vom gerade verabschiedeten „Arbeitsmarktpolitischen Programm des Kreises Steinfurt“ erwartet.

Herr Dörnhoff gibt zu bedenken, dass das Budget 220 nicht zur Finanzierung sämtlicher Anträge herangezogen werden kann, die inhaltlich zu anderen Produkten gehören.

Herr Holtel weist darauf hin, dass im wirtschaftlich guten Jahr 2007 in Rheine keine nennenswerte Abnahme der Leistungsbezieher SGB II zu verzeichnen war und im laufenden Jahr mit einer Vielzahl von qualifizierten Mitarbeitern der Fa. Karmann zu rechnen ist, die zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängen und die Arbeitsvermittlung erschweren werden.

Produkt 2204 - Betreuung von Migrantinnen

Herr Berardis erläutert den als Anlage 2 beigefügten Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Dörnhoff bemängelt, dass der vorliegende Antrag keine konkreten Projekte oder Ziele benennt, die umgesetzt bzw. verfolgt werden sollen. Eine pauschale Erhöhung des Ansatzes mit Hinweis auf das *Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs 2008* hält er für nicht ausreichend um einen solchen Antrag zu begründen.

Frau Knoop ergänzt, dass Grundlage des Antrages das vom Rat der Stadt Rheine verabschiedete 12-Punkte-Programm ist, für dessen Umsetzung bisher keine Haushaltsmittel bereitgestellt wurden. Die beantragte Erhöhung stellt insofern einen ersten Ansatz dar.

Herr Dr. Kühn sieht die Erhöhung des Ansatzes „Betreuung von Migranten“ als wichtige Grundlage zur Initiierung und Durchführung von Aktionen und Projekten in Vereinen und Gruppen.

Herr Holtel hält die Erhöhung des Ansatzes für die Betreuung von Migranten für sinnvoll, wenn daran konkrete Projekte geknüpft sind. Eine pauschale Erhöhung lehnt er ab.

In der anschließenden Abstimmung lehnt der Sozialausschuss den Antrag ab:

Abstimmungsergebnis:           mehrheitlich abgelehnt  
  5 JA-Stimmen  
  9 NEIN-Stimmen

#### Produkt 2206 - Soziale Einrichtungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

#### Produkt 2208 - Offene Altenarbeit

Herr Dr. Kühn bringt den als Anlage 3 beigefügten Antrag der SPD-Fraktion ein und erläutert, die Notwendigkeit eines solchen Altenhilfeplans.

Frau Ehrenberg ergänzt, dass die Altenhilfeplanung als Teil der Sozialplanung Aufgabe des Kreises Steinfurt ist. Leider wird dort die Meinung vertreten, dass Angebot und Nachfrage ausreichen um die Errichtung von neuen Altenwohnanlagen zu regeln. Aus Sicht der Stadt Rheine ist eine gute Altenhilfeplanung sinnvoll und gibt auch potentiellen Investoren Zahlen und Entscheidungshilfen an die Hand. Frau Ehrenberg begrüßt die Erstellung eines Altenhilfeplans.

Herr Holtel weist darauf hin, dass auch ein aktueller Altenhilfeplan keine rechtliche Grundlage für eine Verhinderung von neuen Wohnanlagen sein kann.

Herr Mau unterstützt aus Sicht der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag und weist auf die positiven Signale einer solchen Altenhilfeplanung hin. Neben einer abschreckenden Wirkung auf Investoren in überversorgten Bereichen wird auch der Bedarf in unterrepräsentierten Bereichen aufgezeigt und Investoren ermutigt dort zu investieren.

Herr Schöpfer schlägt vor, zunächst durch die Verwaltung definieren zu lassen, welche Anforderungen an eine Altenhilfeplanung für die Stadt Rheine zu stellen sind und wie hoch die Kosten voraussichtlich sein werden. Eine Finanzierung wäre aus dem Produkt 2211 - Sonstige soziale Betreuung möglich, wofür bisher noch keine konkreten Förderanträge vorliegen. Eine Entscheidung über den vorliegenden Antrag wäre dann zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich.

Herr Dörnhoff warnt vor zu großen Erwartungen an eine solche Altenhilfeplanung. Er unterstützt jedoch den Vorschlag zunächst die Ziele und Ergebnisse, die mit der Altenhilfeplanung verfolgt werden sollen, zu konkretisieren.

Nach kurzer Diskussion beauftragt der Sozialausschuss die Verwaltung, den vorliegenden Antrag zu konkretisieren und ein Konzept eines möglichen Altenhilfeplans unter Berücksichtigung der Kosten in einer der nächsten Sitzungen des Sozialausschusses vorzustellen.

#### Produkt 2209 - Offene Ausländerarbeit

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

#### Produkt 2210 - Offene Behindertenarbeit

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

#### Produkt 2211 - Sonstige soziale Betreuung

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Vor der Beschlussfassung merkt Herr Hemelt an, dass die SPD-Fraktion dem Budget zustimmt, da die gestellten Anträge budgetneutral finanzieren werden sollen.

Der Sozialausschuss fasst folgenden Beschluss:

#### **Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs Jugend, Familie und Soziales - Produktgruppe Soziales – unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **9. Beratung Stellenplan 2008 für den Fachbereich Jugend, Familie und Soziales - Produktgruppe Soziales Vorlage: 047/08**

II/A/1774

Frau Brachmann signalisiert für die CDU-Fraktion Zustimmung zum vorliegenden Stellenplan 2008.

Herr Holtel kritisiert die Neubewertung der Stelle *Produktverantwortlicher für die „Hilfe nach dem SGB II“* die nach seiner Meinung deutlich über dem Bundesdurchschnitt für vergleichbare Stellen liegt.

Als weiteren Punkt führt Herr Holtel aus, dass nach seinen Informationen die Bundesregierung im Frühjahr 2008 über die Zukunft der Aufgabenwahrnehmung nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) entscheiden will. Momentan gäbe es eine große Übereinstimmung, dem Modell der sog. „geteilten Aufgabenwahrnehmung“ beizutreten. Bei Umsetzung dieses Modells wird die Beschäftigung aller in diesem Bereich fest angestellten MitarbeiterInnen problematisch. Vor diesem Hintergrund schlägt Herr Holtel vor, zunächst die Entscheidung der Bundesregierung abzuwarten bevor Beschlüsse gefasst werden, die die Stadt Rheine finanziell längerfristig binden.

Herr Dr. Kühn führt aus, dass für eine vernünftige Aufgabenwahrnehmung auch qualifiziertes Personal erforderlich ist, welches auch angemessen bezahlt wird. Er kündigt an, dass die SPD-Fraktion dem Stellenplan so zustimmen wird.

Herr Mau vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt dem Stellenplan ebenfalls zu.

Der Sozialausschuss fasst folgenden Beschluss:

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine den als Anlage beige-fügten Stellenplan des Fachbereiches Jugend, Familie und Soziales – Produktgruppe Soziales - in den endgültigen Stellenplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:                   mehrheitlich beschlossen mit  
13 JA-Stimmen  
1 Nein-Stimme

**10.           Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)**

II/A/2080

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**11.           Anfragen und Anregungen**

II/A/2090

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**Ende der Sitzung:**

**19:01 Uhr**

---

gez. Knoop  
Ausschussvorsitzende

---

Mersch  
Schriftführer